

Zwangsarbeit im Ruhrbergbau. Zur Herausgabe eines Spezialinventars

Michael Farrenkopf

Einleitung

Im Folgenden wird ein kurzer Bericht über die im Bergbau-Archiv Bochum erfolgte Erarbeitung eines "Spezialinventars zu Quellen der Zwangsarbeit im Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkrieges in nordrhein-westfälischen Archiven" gegeben. (1) Das Thema Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg ist für viele Archivarinnen und Archivare in den letzten Jahren von besonderer Bedeutung für die tägliche Praxis im Archiv gewesen; zum Teil ist dies wohl auch bis heute so. Dabei ist bei weitem nicht nur an die Aufgaben zur Nachweisbeschaffung der Beschäftigung ehemaliger Zwangsarbeiter zu denken, die letztlich auf alle Archivsparten zugekommen ist und in den letzten Jahren einen gewichtigen und wohl auch erfolgreichen Teil archivischer Arbeit ausgemacht hat. (2)

Neben der Erfüllung dieser archivischen Kernaufgabe waren und sind zahlreiche Archive darüber hinaus in zum Teil groß angelegte wissenschaftliche Projekte involviert, die das – man kann heute wohl sagen – gesamtgesellschaftliche Phänomen der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in unterschiedlichsten Bereichen fundiert untersucht haben. Ulrich Herbert, ein – wenn nicht der – Nestor auf dem Gebiet, hatte schon 2001 festgestellt, dass die Geschichte der Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs inzwischen zu einem historischen Forschungsschwerpunkt geworden war. Zugleich wies er darauf hin, dass er dies "noch vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten hätte". (3) Auch Mark Spoerer hielt in seinem Buch "Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz", ebenfalls 2001 erschienen, "das Thema Zwangsarbeit in der Wissenschaft [für] eigentlich recht gut erforscht". (4)

Heute - nochmals vier Jahre später - ist diese Einschätzung aus dem Bereich der wissenschaftlichen Forschung angesichts zahlreicher abgeschlossener Projekte wohl mit noch größerem Nachdruck gerechtfertigt. (5) Das gilt im Besonderen auch für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau. Hervorgehoben sei an dieser Stelle jedoch, dass ein solch generelles Urteil über den Forschungsstand nur mit Hilfe einer intensiven Beteiligung der Archive an dem Forschungsprozess mindestens im Verlauf des letzten Jahrzehnts möglich wurde. Jetzt, da die Phase der intensiven Arbeit an den besagten Projekten mehrheitlich abgeschlossen oder zumindest weit fortgeschritten scheint, soll diese Aussage nicht als Gemeinplatz verstanden werden. Vielmehr gewinnen Archivare damit doch die Möglichkeit, auch kritische Rückschau auf die Rahmenbedingungen, Umstände und konkreten Ausformungen der eigenen Beteiligung an diesem Prozess im Verhältnis zu den Auftraggebern und den Erwartungen und Ergebnissen der Forschung zu halten.

Ausgespart bleibt dabei allerdings eine Reflexion über die Frage nach der so genannten "Auftragsforschung", unter die man sicher zahlreiche jüngere Vorhaben der Zwangsarbeiterforschung rechnen muss. Klaus Tenfelde und Hans-Christoph Seidel ist in ihrer Einschätzung zuzustimmen, dass mit der Aktualisierung und dem vorläufigen Abschluss der Entschädigungsdiskussion Ende der 1990er Jahre die von den so genannten "Einsatzträgern" von Zwangsarbeit initiierte und unterstützte Forschung deutlich an Umfang gewonnen hat. Dies gilt insbesondere für Wirtschaftsunternehmen, aber eben auch für Kommunen und Kirchen, die in wesentlich größerem Umfang Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, als zuvor angenommen. Tenfelde und Seidel bilanzieren bezüglich der Auftragsforschung vollkommen zutreffend: "Das Versanden dieser notwendigen Debatte ist auch darauf zurückzuführen, dass die bisherigen Ergebnisse an der Seriosität und inhaltlichen Unabhängigkeit dieser Art von ‚Auftragsforschung‘ keinerlei Zweifel lassen." (6)

Rahmenbedingungen zur Erarbeitung des Spezialinventars

Zweifellos war der Boom der Zwangsarbeiterforschung nicht zuletzt durch teilweise hoch komplexe politische Entscheidungen zur Frage der Entschädigung ehemaliger NS-

Zwangsarbeiter bedingt. (7) Zwar hatte sich schon die alte Bundesrepublik bereit erklärt, die vom NS-Regime Verfolgten finanziell zu entschädigen. Sie hatte dabei aber aus heutiger Sicht weitreichende Ausnahmen gemacht, die für die noch immer aus vielerlei Gründen problematische Kategorie der Zwangsarbeiter weitreichende Konsequenzen hatte. Im Kern ging die seinerzeitige Rechtsauffassung davon aus, dass die Heranziehung der Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg aus Gründen des kriegsbedingten Mangels erfolgt und damit nicht aus politischen, religiösen, rassischen oder weltanschaulichen Gründen begangen worden war. Deshalb waren bis zu den "Zwei-Plus-Vier"-Verhandlungen um die deutsch-deutsche Einigung im Jahr 1990 die ganz überwiegend nicht-deutschen Zwangsarbeiter bei finanziellen Entschädigungen nicht berücksichtigt worden.

Die von der deutschen Regierung unter dem Druck der Vereinigungsverhandlungen zugestandene Errichtung und finanzielle Ausstattung von Verständigungs- und Versöhnungsstiftungen in den drei großen westlichen Nachfolgestaaten der UdSSR - also Weißrussland, Ukraine und russische Republik - sowie in Polen öffnete dann zunächst die Tür zu diesem unerledigten Thema. Gleichwohl blieb die finanzielle Kompensation weiterhin auf soziale Härtefälle unter den Betroffenen beschränkt. Vor allem die deutsche Wirtschaft, für deren Unternehmen die Betroffenen ja eingesetzt worden waren, blieb trotz mehrfacher Aufforderungen von politischer Seite zunächst noch weitestgehend unzugänglich. Dies änderte sich erst, als sich große deutsche Exportunternehmen (u. a. Volkswagen, Siemens, Daimler-Benz) von 1998 an in den USA mit Sammelklagen ehemaliger Zwangsarbeiter konfrontiert sahen.

Vor dem Hintergrund der europaweiten Debatte um das "Nazi-Raubgold" und "namenloser Konten" jüdischen Ursprungs, des wachsenden öffentlichen Drucks auf die deutsche Industrie sowie der Koalitionsverhandlungen der im September 1998 gewählten rot-grünen Bundesregierung, verständigte sich das Bundeskanzleramt im Februar 1999 mit den Vorsitzenden zwölf führender deutscher Unternehmen – darunter auch der RAG AG, Essen – darauf, eine Entschädigungsstiftung und einen Entschädigungsfonds von insgesamt 10 Milliarden D-Mark einzurichten. Seither waren dann nochmals mehr als zwei Jahre mit komplizierten Verhandlungen unter der Führung Otto Graf Lambsdorffs vergangen, bis am 22. Juni 2001, dem symbolträchtigen 60. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, mit der Auszahlung der Entschädigungsgelder begonnen werden konnte.

Für das im Bergbau-Archiv Bochum erstellte Spezialinventar ist der geschilderte politische Hintergrund aus folgenden Gründen von Bedeutung: Ähnlich wie etwa die Konzerne Daimler-Benz und Volkswagen, die bereits in den 1990er Jahren Finanzmittel zur Förderung unabhängiger und im Ergebnis wegweisender unternehmensgeschichtlicher Forschungen zur Zwangsarbeit bereitgestellt hatten, stellte auch die RAG AG im Jahr 2000 insgesamt etwa 1,25 Mio. € für eine umfassende Erforschung der Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau dem in Bochum beheimateten Haus der Geschichte des Ruhrgebiets zur Verfügung. Über die in diesem Hause angesiedelte Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets wurde das ebenfalls dort ansässige Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum mit der Durchführung der Forschungen betraut. Das Gesamtprojekt stand damit unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Klaus Tenfelde als geschäftsführendem Direktor des Instituts und Vorsitzenden des Vorstands der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets in Bochum. (8)

Das auf eine Laufzeit von fünf Jahren - also bis 2005 - angelegte Gesamtprojekt hatte davon auszugehen, dass der Forschungsstand zur Zwangsarbeit im Kohlenbergbau, der schon aufgrund seiner großen Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft einer der wichtigsten Einsatzorte für ausländische Zwangsarbeiter war, als unzureichend bezeichnet werden musste. Prinzipielles Ziel des Gesamtvorhabens sollte deshalb die Untersuchung des Phänomens sowohl im Deutschen Reich als auch in den von Deutschland besetzten Gebieten sein. Das gesamte wissenschaftliche Vorhaben wurde dazu auf eine Reihe von Einzelprojekten verteilt, die zum Teil als Habilitations- und Promotionsvorhaben durchgeführt wurden.

Das Bergbau-Archiv Bochum war bereits in die dem Gesamtprojekt vorgeschaltete Machbarkeitsstudie über die Aufgabe der Prüfung der archivischen Quellenüberlieferung eingeschaltet worden. (9) Insgesamt erstreckte sich diese Prüfung auf Bundesarchive, Landes- und Staatsarchive, größere Unternehmensarchive, größere einschlägige ausländische Archive sowie wenige ausgewählte Spezialarchive. Im Ergebnis wurde deutlich, dass zwar eine vielfältige archivische Überlieferung ganz unterschiedlicher (bergbaulicher, staatlicher, militärischer, "NS-parteiämlicher", kirchlicher und kommunaler) Provenienz vorhanden war, hierfür jedoch in weit geringerem Umfang Beständebeschreibungen oder Beständeübersichten vorlagen.

Aus diesen Gründen wurde zunächst die Erarbeitung eines groß angelegten Archivinventars unter dem Titel "Zwangsarbeit im deutschen Stein- und Braunkohlenbergbau während des Ersten und Zweiten Weltkriegs" als Teil des Gesamtprojekts vorgesehen. Als verantwortliche Projektleiter galten der Leiter des Archivs für soziale Bewegungen, Dr. Gustav Seebold, sowie die seinerzeit noch im Amt befindliche Archivleiterin des Bergbau-Archivs Bochum, Dr. Evelyn Kroker. Dieses umfassende Archivinventar sollte damit in unmittelbarer Kooperation zwischen der Ruhr-Universität Bochum und dem Bergbau-Archiv Bochum durchgeführt werden und sich in erster Linie auf die Recherchen der jeweiligen Projektbearbeiter vor Ort beziehen. Da beide genannten Archive über das Archivprogramm FAUST verfügten, wurde eine spezielle Datenbank zur Aufnahme der Aktennachweise für die beteiligten Wissenschaftler eingerichtet. Ursprünglich war vorgesehen, dieses übergreifende Archivinventar entweder in Buchform oder als elektronische Version im laufenden Jahr 2005 fertig zu stellen.

Schon während der Aufnahme der Arbeiten am Gesamtprojekt zeigte das inzwischen sehr große Interesse speziell an der quantitativ bedeutsamsten Zwangsarbeit im Ruhrbergbau, dass es sinnvoll erschien, bereits zu einem früheren Zeitpunkt ein archivisches Spezialinventar mit der thematischen Beschränkung auf den Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkriegs vorzulegen. Diese vom Bergbau-Archiv Bochum ausgehende Initiative wurde daraufhin vom wissenschaftlichen Beirat des Gesamtprojekts befürwortet und seine Durchführung in die Verantwortung des Bergbau-Archivs Bochum gelegt. Die konkreten Arbeiten an diesem Spezialinventar wurden Ende 2001 aufgenommen, seine Fertigstellung und Publikation erfolgte im Frühjahr 2004. (10) Die Bearbeitung lag im Kern bei einem befristet beim Bergbau-Archiv Bochum eingestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter, der aus Mitteln des Gesamtvorhabens finanziert und von der Leitung des Bergbau-Archivs Bochum betreut wurde.

Es versteht sich von selbst, dass die Bearbeitung des Spezialinventars bestimmten allgemein gültigen Regeln für die Erstellung sachthematischer Inventare gefolgt ist, die hier nicht im Einzelnen dargestellt werden sollen. Es wird lediglich kurz auf zentrale Gesichtspunkte der Umsetzung eingegangen, zuvor soll jedoch cursorisch der Forschungsstand zusammengefasst werden, wie er bei Projektbeginn analysiert wurde.

Grundlinien des Forschungsstandes

Die Schlüsselstellung der Steinkohle für die deutsche Rüstungs- und Kriegswirtschaft zwischen 1936 und 1945 war hinlänglich bekannt und oft beschworen worden. (11) Spätestens seit dem Sommer 1939 blieb die Kohlenlage aufgrund der stetig steigenden Anforderungen der Rüstungsindustrie, des Verkehrs, der Wehrmacht, des Exports und des weiterhin zu deckenden Hausbrandbedarfes der privaten Haushalte angespannt. Angesichts dieses gewaltigen Bedarfs richtete sich an den Steinkohlenbergbau das kriegswirtschaftliche und politische Primat einer möglichst weitgehenden Erhöhung der Kohlenförderung. Dieses galt insbesondere für den Ruhrbergbau, der vor Kriegsbeginn jeweils etwa 70 Prozent der deutschen Steinkohlenförderung sowie der Kokserzeugung bereitstellte.

Das Primat der Fördersteigerung setzte verstärkte Anstrengungen im Bereich der Mechanisierung und betrieblichen Rationalisierung in Gang und führte zu einer intensivierten Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskraftressourcen, insbesondere durch

Verlängerung der Schichtzeiten für Untertagearbeiter und Erhöhung der Schichtzahlen pro Monat, doch waren diese Maßnahmen in ihrer produktionsfördernden Wirkung schnell ausgeschöpft. Die entscheidende Voraussetzung für eine Sicherung bzw. Steigerung der Steinkohlenproduktion blieb somit die Sicherstellung bzw. zusätzliche Bereitstellung von Arbeitskräften.

Der sich seit 1937 im Ruhrbergbau bemerkbar machende Arbeitskräftemangel führte dazu, dass bereits vor Kriegsbeginn die Deckung des Bedarfs durch ausländische Arbeiter in das Blickfeld geriet. In größerem Umfang wurden aber erst seit dem Frühjahr 1940 so genannte Fremdarbeiter auf den Schachtanlagen des Ruhrbergbaus angelegt. Bis zum Ende des Jahres 1941 erfolgte die Ausländerrekrutierung fast ausschließlich über spezielle, so genannte "Sonderwerbaktionen", bei denen entweder Arbeitskräfte durch zwischenstaatliche Vereinbarungen in befreundeten bzw. neutralen Staaten geworben oder auf der Grundlage solcher Vereinbarungen durch besondere Werbekommissionen in den von Deutschland besetzten Gebieten rekrutiert wurden.

Nach heutiger Kenntnis stand der Ruhrbergbau der Ausländerrekrutierung anfänglich aus verschiedenen Gründen eher skeptisch gegenüber. Dies vor allem, weil er dadurch die Gefahr eines dauerhaften und leistungsschwachen "Ausländerbergbaus" heraufbeschworen sah. So führte die Rekrutierung von Arbeitern aus den besetzten Gebieten in Nordfrankreich und Belgien im Spätsommer 1940 beispielsweise zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung über den "Ausländereinsatz" zwischen dem Leistungsbeauftragten für den Kohlenbergbau, Paul Walter, und führenden Vertretern des Ruhrbergbaus in der Bezirksgruppe Ruhr (der Fachgruppe Steinkohlenbergbau). Gleichwohl war fortan der Weg zur Ausländerbeschäftigung unter der Voraussetzung beschritten, dass diese lediglich eine vorübergehende und möglichst weit zu beschränkende Notmaßnahme darstellen sollte.

Der Ruhrbergbau zeigte in den ersten beiden Kriegsjahren nachweislich keine besondere Präferenz für eine Ausländerbeschäftigung unter den Bedingungen von Zwangsarbeit. Auch wenn über die scharf diskriminierende Behandlung der Polen ein breiter, auch rassistisch motivierter Konsens bestand, versprach man sich zunächst von auf mehr oder minder freiwilliger Basis geworbenen und unter den Bedingungen wenigstens elementarer Freizügigkeitsrechte beschäftigter Arbeitskräfte bessere Arbeitsleistungen. Der nachweislich sehr hohe Fluktuationsgrad ausländischer Zivilarbeiter durch Kontraktbruch erwies sich für diese Erwartung der Bergbauindustriellen jedoch bis zum Winter 1941/42 als Fehlschluss. Seitdem traten diese selbst zunehmend für Verschärfungen der Bedingungen der Ausländerbeschäftigung ein.

Der Zwangsarbeitereinsatz schritt seit Beginn des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion dann in eine zweite Phase, wobei der so genannte Russeneinsatz seit Beginn 1942 den endgültigen Übergang der Ausländerbeschäftigung sowohl zum Masseneinsatz als auch zur Zwangsarbeit markierte. Auf dem Höhepunkt im September 1944 waren über 163 000 ausländische Arbeitskräfte auf den Zechen des Ruhrgebiets beschäftigt, der weit überwiegende Teil aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion und hier wiederum ganz überwiegend als Kriegsgefangene. (12)

Der "Russeneinsatz" war für den Ruhrbergbau mit der Erwartung verbunden, die ständige Fluktuation unter den ausländischen Arbeitskräften einzuschränken. Trotz der geringen Leistungsfähigkeit der sowjetischen Kriegsgefangenen infolge ihrer völlig unzureichenden Ernährung, setzte der Ruhrbergbau jedoch immer stärker auf deren Einsatz, um die geforderte Höhe der Kohlenförderung halten bzw. erreichen zu können. Die Zwangsarbeit der sowjetischen Kriegsgefangenen, der so genannten Ostarbeiter (d. h. von zivilen Arbeitern aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion), und später auch der italienischen Militärinternierten war schließlich nicht nur durch physische Gewalt geprägt. Vor allem realisierte sie sich in der so genannten Leistungsernährung, die eine die physische Existenz wenigstens auf niedrigem Niveau sichernde Ernährung an eine ausreichende Arbeitsleistung band.

Inhaltliche und formale Aspekte des Spezialinventars

Ausgehend von dem sehr cursorisch dargestellten Forschungsstand wurden zwei zentrale Fragenkomplexe zugrunde gelegt, aufgrund derer die Auswahl des Quellennachweises im sachthematichen Spezialinventar erfolgen sollte. So sollten:

Akten nachgewiesen werden, die Auskunft über strukturelle Aspekte zur Organisation der Zwangsarbeit im Rahmen des polykratischen Herrschaftssystems des "Dritten Reiches" geben;

Aktenachweise erbracht werden, die vorrangig die konkreten Ausübungen des Arbeitszwangs auf lokaler bzw. betrieblicher Ebene betreffen. Lediglich exemplarisch seien hier wiederum Aspekte wie Lebens- und Arbeitsumstände, Kontaktformen zwischen deutscher Bevölkerung und Zwangsarbeitern, Ernährungssituationen sowie die bereits angesprochenen Anwendungsformen physischer Gewalt im bergbaulichen Betriebsalltag genannt.

Durch die regionale Begrenzung auf den Steinkohlenbergbau an der Ruhr sollte der Schwerpunkt beim Nachweis von Akten zu den strukturellen Aspekten vor allem auf den mittleren und unteren Behörden liegen. Hierzu wurden insbesondere die Bestände des Nordrhein-Westfälischen Landesarchivs an den Standorten Hauptstaatsarchiv Düsseldorf sowie Staatsarchiv Münster ausgewertet. Seitens des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf fanden dabei die Bestände Regierung Düsseldorf, die Bergämter Dinslaken, Duisburg, Essen 2 und 3, Werden sowie Krefeld, ferner die Akten der Geheimen Staatspolizei (Leitstelle Düsseldorf und Außendienststelle Duisburg), die Bestände Höherer SS- und Polizeiführer im Wehrkreis VI, des Landesarbeitsamtes Rheinland und schließlich der NSDAP-Gauleitung in Essen Berücksichtigung. Seitens des Staatsarchivs Münster wurden einschlägige Akten in den Beständen Oberpräsidium, Regierung Arnsberg sowie der Bergbehörde mit den Beständen Oberbergamt Dortmund sowie der Bergämter Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund 1 und 2, Gelsenkirchen, Herne und Lünen berücksichtigt.

Die genannten Quellen vornehmlich staatlicher und "NS-parteiämlicher" Provenienz wurden für den strukturellen Aspekt der Zwangsarbeit durch verschiedene Bestände der in die Auswertung einbezogenen regionalen Wirtschaftsarchive bzw. Unternehmensarchive ergänzt. Neben dem Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Köln (GHH-Bestand) und dem Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Dortmund sind hier das Bergbau-Archiv Bochum sowie die Unternehmensarchive Mannesmann, Historisches Archiv Krupp sowie das ThyssenKrupp Konzernarchiv zu nennen. Exemplarisch sei im gegebenen Zusammenhang vor allem auf die Bestände Bergbau-Verein, Bezirksgruppe Ruhr und Wirtschaftsgruppe Bergbau im Bergbau-Archiv Bochum sowie auf die Überlieferung der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund und die Sammlung Nürnberger Industrieprozesse im Westfälischen Wirtschaftsarchiv verwiesen.

Für die Fragen nach den konkreten Formen des Arbeitszwangs auf lokaler bzw. betrieblicher Ebene wurden einerseits die zahlreichen Bestände von Unternehmen und Einzelzechen zu Rate gezogen, die im Prinzip in den Wirtschaftsarchiven vorhanden sind. Der größte Anteil stammt hier zwangsläufig aus dem Bergbau-Archiv Bochum, wobei einschlägige Akten aus insgesamt 26 Zechenbeständen im Inventar berücksichtigt sind. Nahezu ausschließlich betreffen diesen zweiten Fragenkomplex schließlich jene Quellennachweise, die aus den als dritter Gruppe berücksichtigten Kommunalarchiven stammen. Dabei ließen sich in 17 von insgesamt 22 kontaktierten Archiven dieser Gattung Nachweise erbringen, zumeist jedoch in sehr begrenztem Umfang.

Was den formalen Aufbau des Spezialinventars betrifft, so war ursprünglich erwogen worden, die Gliederung der Quellennachweise auf der oberen Ebene nach den jeweils betroffenen Schachtanlagen vorzunehmen. Damit sollte insbesondere der lokalgeschichtlichen Forschung eine einfache Handhabung des Inventars ermöglicht werden. Durch die breite Berücksichtigung von Akten zu strukturellen Aspekten des Zwangsarbeitereinsatzes, die in der Regel Vorgänge abbilden, die oberhalb einzelner Zechen verliefen, erschien dieses Ordnungsprinzip sehr bald aber als wenig sinnvoll - zumindest dann, wenn nicht zahlreiche Mehrfachnennungen in Kauf genommen werden wollten. Deshalb ist die Gliederung des Inventars letztlich klassisch zunächst nach dem betreffenden Archiv, dann nach dem jeweiligen Bestand und schließlich in der

numerischen Folge der Archivsignaturen vorgenommen worden. Eine schnelle Identifikation der Nachweise zu einer bestimmten Zeche aus unterschiedlichen Provenienzen wird nunmehr über ein Unternehmens- und Institutionen-Register ermöglicht.

Bewertung des Spezialinventars im Projektkontext

Zum Schluss soll eine kritische Bewertung des Spezialinventars im Rahmen des groß angelegten Projekts angestellt werden. Diese beginnt mit besagtem Inventar selbst. Es ist – wie schon ausgeführt – im Frühjahr 2004 in Buchform publiziert worden. Zugleich entschied man sich jedoch dafür, es im pdf-Format auch über das Internet zur Verfügung zu stellen. Dies geschah zum einen über die Internet-Seiten des Deutschen Bergbau-Museums Bochum, (13) zu dem das Bergbau-Archiv Bochum gehört, zum anderen wurde ein Link auf den Seiten des nordrhein-westfälischen Internetportals www.archive.nrw.de geschaltet. Uns schien die schnelle Verfügbarkeit der Information über das Internet vor allem angesichts der Aktualität des Forschungsgegenstandes im Besonderen geboten. Die praktischen Erfahrungen in der Beratung potentieller Nutzer rechtfertigen dieses Vorgehen aus heutiger Sicht, reichte doch häufig der telefonische Hinweis auf die Internetressource, um weitere Details des Anfragenden hierüber zu klären.

Inzwischen veröffentlichte Rezensionen des Spezialinventars würdigen durchweg seine sachgerechte Umsetzung, und sie empfehlen, es für die tiefer gehende Beschäftigung mit dem Thema zu Rate zu ziehen. (14) Im Sinne einer kritischen Bewertung aus archivischer Sicht stellt sich damit die Frage, inwieweit diese Forderung auch umgesetzt wird. Eine wenigstens näherungsweise Antwort lässt sich mit Blick auf die Benutzerstatistik des Bergbau-Archivs seit Erscheinen des Spezialinventars geben.

Hieraus geht hervor, dass seit Frühjahr 2004 immerhin fünf neue Forschungsprojekte zur Zwangsarbeit bzw. zu Fremdarbeitern im Ruhrbergbau mit Archivalien des Bergbau-Archivs bearbeitet worden sind, die nicht unter das von der RAG AG finanzierte Forschungsvorhaben fallen. Es handelt sich dabei um eine Dissertation, zwei Magisterarbeiten sowie zwei Vorhaben, die eine wissenschaftliche Umsetzung in anderen Zusammenhängen anstreben. Wie als Erwartung im Jahr 2001 unterstellt, widmen sich diese Vorhaben der Zwangsarbeiterfrage mehrheitlich aus einem lokal- oder regionalgeschichtlichen Zugang, allerdings mit wissenschaftlichem Anspruch. Einmal abgesehen davon, dass die Bearbeitung des Spezialinventars unseren eigenen Wissensstand selbstverständlich vertieft hat und damit heute eine qualifiziertere archivische Beratung ermöglicht, konnten die benutzereigenen Recherchen auf der Grundlage des Spezialinventars effizienter gestaltet werden.

Ambivalenter muss wohl das ursprünglich im Rahmen des Gesamtprojekts vorgesehene Vorhaben zur Erstellung eines wesentlich umfangreicheren Archivinventars zur Zwangsarbeit im gesamten deutschen Stein- und Braunkohlenbergbau, noch dazu während des Ersten und Zweiten Weltkriegs, beurteilt werden. Dass es letztlich nicht realisiert worden ist, hatte eine ganze Reihe von Gründen. Zum Teil resultierten sie aus dem Fortschritt des gesamten wissenschaftlichen Vorhabens, zugleich betreffen sie aber auch das Verhältnis von spezifisch archivischen und allgemein wissenschaftlichen Belangen.

Das eingangs skizzierte Gesamtprojekt ist im März dieses Jahres mit einer international besetzten wissenschaftlichen Fachtagung im Institut für soziale Bewegungen in Bochum abgeschlossen worden. Pünktlich zu diesem Anlass ist in einer eigenen Schriftenreihe des Instituts, die zukünftig auch jene Einzelprojekte aufnehmen wird, die derzeit noch vor der Veröffentlichung stehen, von den wissenschaftlichen Leitern Klaus Tenfelde und Hans-Christoph Seidel eine zweibändige, über 1600 Seite starke Publikation unter dem Titel "Zwangsarbeit im Bergwerk" herausgegeben worden. Der erste Band liefert Aufsätze zu allen im Projekt bearbeiteten Themen. Der zweite Band ist eine kritische Quellenedition, in der "über 400 archivalische Quellen zur Zwangsarbeit im deutschen und von Deutschland beherrschten Kohlenbergbau im Ersten und Zweiten Weltkrieg abgedruckt" sind. (15)

Man kann in der Rückschau heute feststellen, dass das Ziel der Erarbeitung des groß angelegten Archivinventars sukzessive durch das Ziel der Herausgabe dieser quellenkritischen Edition ausgewählter Archivalien ersetzt worden ist. Aus archivischer Sicht ist dabei die Einschätzung der Forschung zur Quellenlage von hohem Interesse. So führen Tenfelde und Seidel in besagter Publikation aus: "Die intensive Forschung über Zwangsarbeit, vor allem aber auch die Nachweisproblematik in der Entschädigungspraxis haben zu einer umfassenden Klärung der Quellenlage geführt. Die Bestände einer Vielzahl von Staats-, Landes-, Kreis-, Kommunal-, Wirtschafts- und Kirchenarchiven, um nur die wichtigsten zu nennen, sind auf der Suche nach Quellen zum Zwangsarbeitereinsatz in der deutschen Kriegswirtschaft von unten nach oben gekehrt worden. Auf die Hebung unentdeckter ‚Schätze‘ dürfen Forscher höchstens noch in ausländischen Archiven hoffen, deren intensive Durchforstung mit der Öffnung osteuropäischer Archive aber erheblich vorangeschritten ist." (16)

Dass es gerade aufgrund dieser Einschätzung nicht zur Umsetzung des umfassend gedachten Archivinventars gekommen ist, scheint zunächst unverständlich. Dies hat jedoch wesentlich mit der Akzentverschiebung zugunsten der kritischen Quellenedition zu tun und zeugt auch von der Wertung eines solchen Instruments in seiner Zweckhaftigkeit für die wissenschaftliche Forschung. So verweisen Tenfelde und Seidel durchaus zu Recht darauf, dass "bisher noch kein Versuch unternommen worden [ist], ein Kompendium einschlägiger Quellen zusammenzustellen, das Interessierten durch die Authentizität der Quellsprache tiefere Einsicht vermittelt, weiterführende Forschung erleichtert sowie den universitären und schulischen Unterricht unterstützen kann". (17)

Der schiere Umfang des Quellenbandes, der auch Material aus polnischen, ukrainischen, russischen, französischen und slowenischen Archiven mit hoher editorischer Qualität liefert, hat schließlich dazu geführt, dass nach Abschluss des wissenschaftlichen Gesamtvorhabens das groß angelegte Archivinventar im Allgemeinen nicht vermisst wird. Dies sollte jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass selbst über 400 abgedruckte Archivalien gemessen an der auch seitens der Forschung postulierten Vielzahl der archivalischen Quellen nur ein sehr enger Ausschnitt sein können.

Man kann schließlich folgern, dass die Erarbeitung sachthematischer Inventare nicht umsonst das spezifische Fachwissen der Archivare selbst in erster Linie fordert. Insofern muss durchaus selbstkritisch eingeräumt werden, dass die Konzeption zur Bearbeitung des umfassenden Archivinventars vielleicht zu stark auf die reine Zuarbeit der in den Archiven forschenden Wissenschaftler gesetzt hat. Es ist gut verständlich, dass deren Interesse vorrangig auf die inhaltlich-analysierende Quellenarbeit im Detail gerichtet sein musste, und weniger die Quellenidentifikation in der Breite berücksichtigen konnte. Dies allein durch die beiden beteiligten Archivare auffangen zu wollen, hätte einer wesentlich intensiveren Arbeit in den zahlreichen europäischen Archiven vor Ort bedurft, ohne dass dies auch im Nachhinein als realistisch erscheint.

Alles in allem bleibt das Fazit, dass die Summe aus einem spezifischen Archivinventar für den Ruhrbergbau, eines überaus umfangreichen Sammelbandes mit Aufsätzen und kritischer Quellenedition und natürlich den zahlreichen Detailstudien als insgesamt erfolgreicher Projektabschluss gelten kann. So ist die Geschichte der Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau heute besser denn je erforscht und es sind auch die Wege für künftige ergänzende Arbeiten geebnet.

Anschrift: Dr. Michael Farrenkopf, Bergbau-Archiv Bochum, Am Bergbaumuseum 28, 44791 Bochum

(1) Überarbeitete Fassung eines in der gemeinsamen Fachgruppensitzung 4 und 5 auf dem 75. Deutschen Archivtag in Stuttgart am 28.9.2005 gehaltenen Vortrags.

(2) Vgl. Hans-Dieter Kreikamp/Andreas Plake, Verlauf und Abschluss des Projektes "Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter/innen", in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 2/2004, S. 34–37.

- (3) Zit. Ulrich Herbert, Zwangsarbeit im "Dritten Reich". Kenntnisstand, offene Fragen, Forschungsprobleme, in: Wilfried Reininghaus/Norbert Reimann (Hrsg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 16–37, hier S. 30.
- (4) Zit. Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart/München 2001, S. 7.
- (5) Ein detaillierter bibliographischer Verweis unterbleibt hier angesichts der Fülle der inzwischen vorgelegten Studien.
- (6) Vgl. Klaus Tenfelde/Hans-Christoph Seidel, Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete. Einführende Bemerkungen, in: dies. (Hrsg.), Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Forschungen, Essen 2005 (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe C: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit im Bergbau, Bd. 1), S. 11–31, hier S. 11 f.; das Zitat findet sich in Anm. 2 auf S. 12.
- (7) Susanne-Sophia Spiliotis, Verantwortung und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Frankfurt a. M. 2003; ferner Heinz A. Pankalla, Geschichte und aktueller Stand der Debatte um die Entschädigung für Zwangsarbeit, in: Archivkurier 14 (2000), S. 63–68.
- (8) Als kurz gefasste Darstellung des Projektdesigns s. Hans-Christoph Seidel, Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau. Ein historisches Forschungsprojekt am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, in: FORUM Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur 2/2003, S. 26–29 sowie ders., Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau (ZIB). Ein historisches Forschungsprojekt am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Heft 26, 2001, S. 253–260.
- (9) Vgl. hierzu Stefan Przigoda, Quellen zur Geschichte der Zwangsarbeit: Die Überlieferung im Bergbau-Archiv Bochum, in: Archivkurier 14 (2000), S. 72–78, sowie Evelyn Kroker, Zur Überlieferung von Zwangsarbeit im Steinkohlenbergbau. Fragen zum Quellenwert, in: Wilfried Reininghaus/Norbert Reimann (Hrsg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945: Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 243–247.
- (10) Holger Menne/Michael Farrenkopf (Bearb.), Zwangsarbeit im Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkrieges. Spezialinventar der Quellen in nordrhein-westfälischen Archiven, Bochum 2004 (= Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum, Nr. 123; = Schriften des Bergbau-Archivs, Nr. 15.)
- (11) Vgl. hierzu die Einleitung in: Holger Menne/Michael Farrenkopf (Bearb.), Zwangsarbeit im Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkrieges, S. 11–24; Thomas Urban, Überleben und Sterben von Zwangsarbeitern im Ruhrbergbau, Münster 2002 (= Forum Regionalgeschichte, Bd. 9), sowie insbesondere Hans-Christoph Seidel, "Ein buntes Völkergemisch hat eine Wanderung durch unsere Gruben gemacht." Ausländereinsatz und Zwangsarbeit im Ruhrbergbau 1940 bis 1945, in: Klaus Tenfelde/Hans-Christoph Seidel (Hrsg.), Zwangsarbeit im Bergwerk, Bd. 1, S. 75–159.
- (12) Vgl. ebd., S. 83.
- (13) Online: <http://www.bergbaumuseum.de/pdf/Zwangsarbeit.pdf> oder <http://www.vfkk.de/pdf/Zwangsarbeit.pdf>
- (14) Vgl. etwa die Rezension von Wilfried Reininghaus, in: Der Archivar 58 (2005), S. 229.
- (15) Zit. Klaus Tenfelde/Hans-Christoph Seidel (Hrsg.), Zwangsarbeit im Bergwerk, Bd. 2, S. 7.
- (16) Zit. ebd., Bd. 1, S. 29 f.
- (17) Zit. ebd., Bd. 1, S. 30